



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Knaup

Telefon: (0221)

Fax: (0221)

E-Mail: maria.knaup@stadt-koeln.de

Datum: 16.08.2017

Niederschrift

über die **27. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 31.07.2017, 16:37 Uhr bis 19:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Börschel	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Joisten	SPD	Vertreter von Frau dos Santos Herrmann
Herr Peter Kron	SPD	Vertreter von Herrn Dr. Heinen
Herr Stephan Pohl	CDU	Vertreter von Herrn Petelkau
Herr Manfred Richter	GRÜNE	Vertreter von Frau Jahn
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	Vertreter von Herrn Frank
Frau Ira Sommer	CDU	Vertreterin von Herrn Kienitz
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE	Vertreter von Frau von Bülow

Beratende Mitglieder

Herr Jochen Haug	AfD
------------------	-----

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Johannes Feyrer	Berufsfeuerwehr Köln (37)
Frau Dagmar Göring	Berufsfeuerwehr Köln (370)
Frau Susanne Rosenstein	Amt für Straßen- und Verkehrstechnik (66)
Frau Christina Boeck	Amt für öffentliche Ordnung, Ausländerangelegenheiten (323)

Gäste

Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN
Herr Thor-Geir Zimmermann	Gute Wählergruppe Köln (Ratsgruppe GUT)
Herr Jörn Schwarze	KVB-AG
Herr Rechtsanwalt Prof. Dr. Stefan Hertwig	
Frau Rechtsanwältin Lara Itschert	

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	vertreten durch Herrn Kron
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	vertreten durch Herrn Joisten
Herr Niklas Kienitz	CDU	vertreten durch Frau Sommer
Herr Bernd Petelkau	CDU	vertreten durch Herrn Pohl
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	vertreten durch Herrn Yurtsever
Herr Jörg Frank	GRÜNE	vertreten durch Herrn Schwanitz
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE	vertreten durch Herrn Richter

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu TOP 11.1.1 n.ö.T. sind Herr Rechtsanwalt Prof. Hertwig und Frau Rechtsanwältin Itschert als externer Rechtsbeistand im Verfahren anwesend. Es herrscht Einvernehmen, dass beide zu diesem nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt teilnehmen.

Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

zu 3.1 Antwort der Verwaltung
2316/2017

3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Sicherheit für Kölner Radfahrer – Einsatz von Sichthilfen für toten Winkel
AN/1073/2017

Antwort der Verwaltung
2319/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

11.1.2 Grundstücksankauf
2171/2017

11.1.3 Bedarfsfeststellung einer Beschaffung
2213/2017

Änderungsanträge sind beim jeweiligen TOP aufgeführt.

Es liegen folgende Dringlichkeitsanträge vor:

4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Die Grünen, Die Linke sowie der Piraten-Gruppe und Ratsgruppe GUT betreffend: Freilassung und Ausreise von Liu Xiaobos Witwe und deren Bruder
AN/1077/2017

Herr Richter begründet die Dringlichkeit. Der Antrag wird einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen.

4.3 Dringlichkeitsantrag der Ratsgruppe GUT betreffend: Abbau einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Subbelrather/Innere Kanalstraße
AN/1078/2017

Der Antrag wird einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Börschel regt an, TOP 11.1.1 im öffentlichen Teil zu behandeln. Die SPD-Fraktion habe Fragen zum TOP vorgelegt.

Nach einer kurzen Diskussion wird beschlossen, die vorgelegten Fragen soweit wie möglich im öffentlichen Teil zu beantworten und die übrigen Fragen sowie die Beratung im nicht-öffentlichen Teil zu belassen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker stellt klar, die Behandlung im nicht-öffentlichen Teil habe vergaberechtliche Gründe.

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 Mitteilungen**
 - Rettungseinsatz Seilbahn
 - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
 - 2.1.1 Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des RheinEnergie-Stadions
1838/2017
 - 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93
AN/1070/2017

Antwort der Verwaltung
2316/2017
 - 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Sicherheit für Kölner Radfahrer – Einsatz von Sichthilfen für toten Winkel
AN/1073/2017

Antwort der Verwaltung
2319/2017
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 4.1 Antrag der Gruppe Piraten betreffend: Afghanistan ist nicht sicher: Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln
AN/1013/2017

Stellungnahme zum Antrag
2306/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1079/2017

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Die Grünen, FDP sowie der Piraten-Gruppe
AN/1080/2017

- 4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Die Grünen, Die Linke sowie der Piraten-Gruppe und Ratsgruppe GUT betreffend: Freilassung und Ausreise von Liu Xiaobos Witwe und deren Bruder
AN/1077/2017

- 4.3 Dringlichkeitsantrag der Ratsgruppe GUT betreffend: Abbau einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Subbelrather/Innere Kanalstraße
AN/1078/2017

5 Dringlichkeitsentscheidungen

- 5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11 Dringlichkeitsvorlagen**
 - 11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 11.1.1 Sicherstellung der Rettungsdienstlichen Versorgung der Stadt Köln mittels Interimsbeauftragung
2208/2017

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke
AN/1081/2017
 - 11.1.2 Grundstücksankauf
2171/2017
 - 11.1.3 Bedarfsfeststellung einer Beschaffung
2213/2017

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP
AN/1076/2017
 - 11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 12 Personalien**
- 13 Sonstige allgemeine Vorlagen**
- 14 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

Rettungseinsatz Seilbahn

Herr Schwarze, Vorstand der KVB AG, dankt allen am gestrigen Rettungseinsatz beteiligten Personen. Er drückt das Bedauern der KVB über den Vorfall aus und bittet die betroffenen Fahrgäste im Namen des Vorstandes der KVB sowie der Seilbahn um Entschuldigung. Anhand einer Präsentation (s. Anlage) erläutert er den Sachstand und beantwortet Fragen.

Frau Oberbürgermeisterin Reker spricht einen Dank an alle aus, die zum gelungenen Rettungseinsatz beigetragen haben.

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Machbarkeitsstudie zur Erweiterung des RheinEnergie-Stadions 1838/2017

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt auf Nachfrage von Herrn Börschel mit, dass innerhalb der nächsten Wochen Ergebnisse zu erwarten seien.

Frau Klug antwortet auf Nachfrage von Herrn Kron, ein Schreiben zum Thema an die Fraktionen sei in Vorbereitung.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Autonomes Zentrum Köln an der Luxemburger Straße 93 AN/1070/2017

Antwort der Verwaltung 2316/2017

Herr Börschel bittet um eine Ergänzung der Mitteilung unter Berücksichtigung der Schreiben der Bürgerinitiative Innerer Grüngürtel am Eifelwall vom 27.07.2017 sowie des Autonomen Zentrums vom 30.07.2017

Herr Beigeordneter Höing berichtet und sagt eine Ergänzung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Sicherheit für Kölner Radfahrer – Einsatz von Sichthilfen für toten Winkel
AN/1073/2017**
- Antwort der Verwaltung
2319/2017**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 Antrag der Gruppe Piraten betreffend: Afghanistan ist nicht sicher: Keine Abschiebungen nach Afghanistan aus Köln
AN/1013/2017**
- Stellungnahme zum Antrag
2306/2017**
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1079/2017**
- Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen CDU, Die Grünen, FDP sowie der Piraten-Gruppe
AN/1080/2017**

Herr Hegenbarth erläutert den Antrag und bittet um Zustimmung.

Die Mitglieder des Hauptausschusses diskutieren den Antrag.

Nach einem Hinweis der Oberbürgermeisterin wird einvernehmlich beschlossen, den Wortlaut des gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen CDU, Die Grünen, FDP sowie der Piraten-Gruppe zu Ziffer 6 wie folgt anzupassen:

Ursprüngliche Formulierung:

- Die Ziffer 6 wird wie folgt ersetzt:
Die Teilnahme an Integrationskursen erfolgt gem. § 44 AufenthG. Dies beinhaltet, die Teilnahme von Menschen mit hoher Bleibeperspektive zu gewähren. Entsprechend wird die Verwaltung gebeten zu handeln und Anträge gem. § 44 Abs. 4 AufenthG für solche Personen beim BAMF zu stellen.

Neue Formulierung:

- Die Ziffer 6 wird wie folgt ersetzt:
Die Teilnahme an Integrationskursen erfolgt gem. § 44 AufenthG. Dies beinhaltet, die Teilnahme von Menschen mit hoher Bleibeperspektive zu gewähren. Entsprechend **wird die Stadtverwaltung gebeten, diese Menschen bei der Antragstellung gem. § 44 Abs. 4 AufenthG beim BAMF zu unterstützen.**

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss fordert die Landesregierung von NRW auf, sich auf Bundesebene für eine Neubewertung der Sicherheitslage einzusetzen, die vor allem die Einschätzungen der vor Ort tätigen Hilfsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen einbezieht und deren Zweifel an der derzeitigen Sicherheitsbewertung ernst nimmt.
2. Der Hauptausschuss fordert die Landesregierung von NRW auf, sich auf Bundesebene für ein Aussetzen der gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik Afghanistan vom 2. Oktober 2016 einzusetzen und auf Rückführungen von ausreisepflichtigen Asylsuchenden bis auf weiteres zu verzichten.
3. Der Hauptausschuss fordert das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, auf, von der rechtlichen Möglichkeit nach § 60a Absatz 1 Aufenthaltsgesetz Gebrauch zu machen und einen dreimonatigen Abschiebestopp für Afghanistan anzuordnen.
4. Der Hauptausschuss bittet die Oberbürgermeisterin zu berücksichtigen, dass sich durch die angekündigte Neubewertung der Sicherheitslage die Möglichkeit von Asylfolgeantragstellungen von abgelehnten Asylsuchenden ergibt. Die Ausländerbehörde wird gebeten, die Betroffenen in geeigneter Weise darauf hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. mehrheitlich abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. nun punktweise über den ursprünglichen Antrag in der mündlich geänderten Fassung des gemeinsamen Änderungsantrags der Fraktionen CDU, Die Grünen, FDP sowie der Piraten-Gruppe abstimmen:

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, bei ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine Bleibereichtsperspektive zu prüfen. Das geltende Aufenthaltsrecht bietet die Möglichkeit eines humanitären Aufenthalts oder der verlängerten Duldung. Bereits am 09.01.2017 hat der Hauptausschuss die Aufforderung an die Verwaltung beschlossen, „alle Initiativen zu fördern, die darauf hinwirken, für langjährig geduldete Menschen in Köln eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen. Dabei ist vorauszusetzen, dass sich die langjährig geduldeten Menschen aktiv um ihre Integration bemühen und bei Ihnen keine ausländerrechtlich zwingenden Abschiebegründe, z.B. aufgrund von Straftaten, vorliegen.“ In diesem Sinne soll auch im Falle von Geflüchteten aus Afghanistan gehandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mehrheitlich zugestimmt.

2. Der Hauptausschuss appelliert an die Landesregierung von NRW, für afghanische Flüchtlinge einen dreimonatigen bundeslandbezogenen Abschiebungsstopp nach § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zu erlassen und beim Bund die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan zu erwirken.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

3. Der Hauptausschuss appelliert an die Landesregierung von NRW, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass das BAMF alle negativ beschiedenen Asylanträge von afghanischen Geflüchteten der Jahre 2016 und 2017 überprüft. Dabei muss die veränderte Sicherheitslage in Afghanistan berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

4. Der Hauptausschuss appelliert an die Landesregierung von NRW, sich auf Bundesebene für die Aussetzung des zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Rückübernahmeabkommens vom 02.10.2016 einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, im Namen der Stadt Köln die ablehnende Haltung des Stadtrats zu Abschiebungen nach Afghanistan gegenüber Mandatsträgern im Bund und im Land NRW zum Ausdruck zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

6. Die Teilnahme an Integrationskursen erfolgt gem. § 44 AufenthG. Dies beinhaltet, die Teilnahme von Menschen mit hoher Bleibeperspektive zu gewähren. Entsprechend wird die Stadtverwaltung gebeten, diese Menschen bei der Antragstellung gem. § 44 Abs. 4 AufenthG beim BAMF zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Reker lässt über den gesamten Antrag in der wie folgt geänderten Fassung abstimmen:

Beschluss:

1. Der Hauptausschuss der Stadt Köln fordert die Stadtverwaltung auf, bei ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus Afghanistan im Rahmen sorgfältiger Einzelfallprüfungen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten für eine Bleiberechterspektive zu prüfen. Das geltende Aufenthaltsrecht bietet die Möglichkeit eines humanitären Aufenthalts oder der verlängerten Duldung. Bereits am 09.01.2017 hat der Hauptausschuss die Aufforderung an die Verwaltung beschlossen, „alle Initiativen zu fördern, die darauf hinwirken, für langjährig geduldete Menschen in Köln eine sichere Aufenthaltsperspektive zu schaffen. Dabei ist vorauszusetzen, dass sich die langjährig geduldeten Menschen aktiv um ihre Integration bemühen und bei Ihnen keine ausländerrechtlich zwingenden Ab-

schiebegründe, z.B. aufgrund von Straftaten, vorliegen.“ In diesem Sinne soll auch im Falle von Geflüchteten aus Afghanistan gehandelt werden.

2. Der Hauptausschuss appelliert an die Landesregierung von NRW, für afghanische Flüchtlinge einen dreimonatigen bundeslandbezogenen Abschiebungsstopp nach § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zu erlassen und beim Bund die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan zu erwirken.
3. Der Hauptausschuss appelliert an die Landesregierung von NRW, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass das BAMF alle negativ beschiedenen Asylanträge von afghanischen Geflüchteten der Jahre 2016 und 2017 überprüft. Dabei muss die veränderte Sicherheitslage in Afghanistan berücksichtigt werden.
4. Der Hauptausschuss appelliert an die Landesregierung von NRW, sich auf Bundesebene für die Aussetzung des zwischen der EU und Afghanistan ausgehandelten Rückübernahmeabkommens vom 02.10.2016 einzusetzen.
5. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, im Namen der Stadt Köln die ablehnende Haltung des Stadtrats zu Abschiebungen nach Afghanistan gegenüber Mandatsträgern im Bund und im Land NRW zum Ausdruck zu bringen.
6. Die Teilnahme an Integrationskursen erfolgt gem. § 44 AufenthG. Dies beinhaltet, die Teilnahme von Menschen mit hoher Bleibeperspektive zu gewähren. Entsprechend wird die Stadtverwaltung gebeten, diese Menschen bei der Antragstellung gem. § 44 Abs. 4 AufenthG beim BAMF zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. zugestimmt.

4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Die Grünen, Die Linke sowie der Piraten-Gruppe und Ratsgruppe GUT betreffend: Freilassung und Ausreise von Liu Xiaobos Witwe und deren Bruder AN/1077/2017

Frau Oberbürgermeisterin Reker berichtet von einem Austausch mit dem chinesischen Generalkonsulat in der Vorwoche, bei dem sie ein Kondolenzschreiben übergeben und erläutern habe. Damit habe sie bereits an einer der Pekinger Stadtregierung übergeordneten Stelle auf das Anliegen hingewiesen. Daher habe sich der Antrag aus Ihrer Sicht erledigt.

Beschluss:

In der dreißigjährigen lebendigen Städtepartnerschaft Köln – Peking kommen dem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch sowie Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge eine große Bedeutung zu. Die Partnerschaft zeichnet eine lange und intensive Beziehung aus, die Rat und Verwaltung auch weiter pflegen und vertiefen möchten. Nicht minder spielen Fragen der Bürger- und Menschenrechte von je her eine wichtige Rolle im städtepartnerschaftlichen Austausch.

Die Nachricht vom Ableben des Pekinger Bürgers Liu Xiaobos hat zu einer großen weltweiten Anteilnahme am Schicksal des prominenten Menschenrechtsverteidigers geführt. Der Hauptausschuss drückt sein Beileid an die Witwe des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo aus und schließt sich den Worten des UN-

Menschenrechtskommissar Said Raad al-Hussein an: „Die Menschenrechtsbewegung in China und der ganzen Welt hat einen prinzipientreuen Meister verloren.“

Der Hauptausschuss unterstützt nachdrücklich die Bemühungen der EU-Kommission, UN-Menschenrechtskommission, der Bundesregierung und anderer westlicher Staaten gegenüber der chinesischen Regierung, die Witwe des Verstorbenen, Liu Xia und deren Bruder die Ausreise ohne Restriktionen in ein Land ihrer Wahl zu gestatten. Zudem unterstützt der Hauptausschuss die Forderung, den Angehörigen des verstorbenen Liu Xiaobo uneingeschränkte Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit zu gewähren.

Der Hauptausschuss bittet die Oberbürgermeisterin, diese Botschaft des Hauptausschusses an die Pekinger Stadtregierung und die Witwe Liu Xia zu richten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

4.3 Dringlichkeitsantrag der Ratsgruppe GUT betreffend: Abbau einer Lichtsignalanlage an der Kreuzung Subbelrather/Innere Kanalstraße AN/1078/2017

Herr Beigeordneter Höing nimmt Stellung. Frau Rosenstein erläutert die vorgesehenen Maßnahmen (vgl. <http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/stadt-veraendert-situation-der-subbelrather-strasse>).

Die Mitglieder des Hauptausschusses diskutieren, ob der Antrag sich damit erledigt habe.

Herr Zimmermann erklärt, dass die Ratsgruppe GUT den Antrag aufrechterhalte.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig in den Verkehrsausschuss verwiesen.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

7 Mündliche Anfragen

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt auf Nachfrage von Herrn Börschel mit, ihr liege kein Antrag auf Abberufung der Beigeordneten für Kunst und Kultur vor.

Herr Börschel spricht die mögliche Behandlung des Verkehrsführungskonzeptes Altstadt im Rat an. Frau Oberbürgermeisterin Reker verweist auf das Rückholrecht des Rates. Herr Börschel bittet die Fraktionen um eine Rückmeldung auf das von ihm an alle Fraktionen versandte Schreiben.

7.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend: Sicherstellung der Rettungsdienstlichen Versorgung der Stadt Köln mittels Interimsbeauftragung

Herr Rechtsanwalt Prof. Dr. Hertwig beantwortet Fragen der SPD-Fraktion.

gez.

Henriette Reker

Oberbürgermeisterin

gez.

Maria Knaup

Schriftführerin